Niederschrift

über die 23. Sitzung des Kreisausschusses am 09.07.2013

Anwesend:

Vorsitzender:

Pusch, Stephan Landrat

Kreisausschussmitglieder:

Beckers, Franz-Josef

(als Vertreter für Paffen, Wilhelm)

Caron, Wilhelm Josef

Dahlmanns, Erwin

Jansen, Franz-Michael (bis TOP 5)

(als Vertreter für Dr. Kehren, Hanno)

Jüngling, Liane

Kehren, Hanno Dr. (ab TOP 6)

Lenzen, Stefan

Lüngen, Ilse

(als Vertreterin für Derichs, Ralf)

Meurer, Maria

Reyans, Norbert

Schlöber, Harald

Schmitz, Ferdinand Dr.

Stock, Michael

Tholen, Heinz-Theo

Wolter, Heinz-Jürgen

(als Vertreter für Schreinemacher, Walter-Leo)

Von der Verwaltung:

Machat, Liesel Allgemeine Vertreterin

Preuß, Helmut

Schöpgens, Ludwig

Schneider, Philipp

Kremers, Ernst

Montforts, Anja

Abwesend:

Kreisausschussmitglieder:

Derichs, Ralf*

Meurer, Dieter*

Müller, Silke*

Paffen, Wilhelm*

Schreinemacher, Walter-Leo*

*entschuldigt

Anfang: 18:00 Uhr

Ende: 18:45 Uhr

Der Kreisausschuss versammelt sich heute im Kleinen Sitzungssaal, um über die nachfolgende Tagesordnung zu beraten.

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Bildung der Einigungsstelle nach dem Personalvertretungsgesetz
2. Änderungen der Honorarordnung und der Entgeltordnung für die Anton-Heinen-Volkshochschule des Kreises Heinsberg
3. Zuschüsse an museale Einrichtungen
4. Zuschuss an den Volksmusikerbund
5. Zuschuss an den Kreisfeuerwehrverband Heinsberg e. V.
6. Wiedereinführung der KFZ-Kennzeichen "ERK" und "GK"
- 6.1. Antrag der FDP-Fraktion betr. "Wiedereinführung der Altkennzeichen ERK und GK"
- 6.2. Antrag der CDU-Fraktion betr. "Prüfauftrag Bürgerbeteiligung Wiedereinführung KFZ-Unterscheidungszeichen"
7. Gemeinsamer Antrag der CDU- und der FDP-Fraktion betr. "Prüfauftrag zur Einrichtung einer zentralen Stelle 'Behördenlotse'"
8. Antrag der CDU-Fraktion betr. "Bewerbung von Maastricht und der Euregio Maas-Rhein zur Kulturhauptstadt Europas 2018"
9. Antrag der CDU-Fraktion betr. "Initiierung einer Kreiskulturkonferenz"
10. Antrag der SPD-Fraktion betr. "Einrichtung eines Grenzinfopunktes"
11. Bericht der Verwaltung
12. Anfragen
- 12.1. Anfrage der GRÜNE-Fraktion betr. "Verwaltungstechnische Umsetzung des Betreuungsgeldes"

Nichtöffentliche Sitzung:

13. Wahl der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter für das Verwaltungsgericht Aachen
14. Indirekte Beteiligung des Kreises Heinsberg an der GREEN Bioenergie Cereshof GmbH
15. Veränderungen im Aufgabenbereich des Kreisbrandmeisters
 - a) Ernennung eines neuen Kreisbrandmeisters
 - b) Anpassung der Aufwandsentschädigungen
16. Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung über die Vergabe des Auftrages zum Druck und zur Lieferung des Weiterbildungsprogramms 2013/2014
17. Abschluss eines Mietvertrages zur Lagerung von Museumsexponaten
18. Bericht der Verwaltung
19. Anfragen

Vor Eintritt in die Beratung stellt Landrat Pusch die vorliegende Tagesordnung, die ordnungsgemäße Einberufung und die Beschlussfähigkeit fest.

Sitzung: öffentlich

Tagesordnungspunkt 1:

Bildung der Einigungsstelle nach dem Personalvertretungsgesetz

Beratungsfolge: 09.07.2013 Kreisausschuss 18.07.2013 Kreistag
--

Finanzielle Auswirkungen:	nein
----------------------------------	------

Leitbildrelevanz:	nein
--------------------------	------

Inklusionsrelevanz:	nein
----------------------------	------

Das Personalvertretungsgesetz für das Land NRW sieht vor, dass bei verschiedenen Maßnahmen, bei denen keine Einigung zwischen dem Leiter der Dienststelle und der Personalvertretung erreicht werden kann, die Einigungsstelle entscheidet bzw. eine Empfehlung ausspricht.

Auf den/die Vorsitzende/n der Einigungsstelle sowie den/die Stellvertreter/in haben sich der Kreistag als oberste Dienstbehörde und die Personalvertretung zu Beginn der Wahlperiode der Personalvertretung zu einigen. Georg Wiese, Richter am Arbeitsgericht Aachen, sowie Benedikt Hövelmann, Richter am Arbeitsgericht Aachen, haben sich bereit erklärt, die Aufgabe des Vorsitzenden bzw. des Stellvertreters zu übernehmen. Der Personalrat ist mit den Vorschlägen einverstanden. Auch die Verwaltung trägt die Vorschläge mit.

Beschlussvorschlag:

Georg Wiese, Richter am Arbeitsgericht Aachen, wird als Vorsitzender der Einigungsstelle der Kreisverwaltung Heinsberg und Benedikt Hövelmann, Richter am Arbeitsgericht Aachen, als dessen Stellvertreter benannt.

Abstimmungsergebnis:

Ja 15 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Sitzung: öffentlich

Tagesordnungspunkt 2:

Änderungen der Honorarordnung und der Entgeltordnung für die Anton-Heinen-Volkshochschule des Kreises Heinsberg

Beratungsfolge:	
04.06.2013	Kuratorium der Anton-Heinen-Volkshochschule
09.07.2013	Kreisausschuss
18.07.2013	Kreistag

Finanzielle Auswirkungen:	keine
----------------------------------	-------

Leitbildrelevanz:	3.9
--------------------------	-----

Inklusionsrelevanz:	nein
----------------------------	------

Die Anton-Heinen-Volkshochschule des Kreises Heinsberg zahlt Honorare an ihre Dozentinnen und Dozenten und erhält Entgelte für die Teilnahme an Veranstaltungen von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern auf der Grundlage der vom Kreistag auf Vorschlag des Volkshochschulkuratoriums und des Kreisausschusses beschlossenen Honorarordnung und Entgeltordnung. Diese waren der Einladung zur Sitzung des Kuratoriums der Anton-Heinen Volkshochschule als Anlage beigelegt.

- a) Die Höhe des Dozenten honorars für Kurse und Arbeitsgemeinschaften beträgt derzeit 17,00 € je Unterrichtsstunde (Regelhonorar) und die Höhe des Regelentgeltes für Kurse und Arbeitsgemeinschaften beträgt je Unterrichtsstunde derzeit 1,80 €. Hierzu wird auf die jeweiligen Ziffern 2.1 der Honorarordnung und der Entgeltordnung verwiesen. In letzter Zeit hat sich nunmehr die Notwendigkeit ergeben, in bestimmten, einzelfallbezogenen Weiterbildungsmaßnahmen ein erhöhtes Honorar zu zahlen. Dies ist insbesondere dort gegeben, wo sehr spezielle Themen in das Weiterbildungsprogramm aufgenommen werden sollen, die von den Kursleitenden ein besonderes Fachwissen bzw. spezielle, über das normale Maß hinausgehende Kenntnisse verlangen. Beispielhaft seien erwähnt Weiterbildungsmaßnahmen mit medizinischen Themen sowie eher selten angebotene und spezielle Kurse in den Bereichen Sprachen, Informationstechnologie bzw. Kreativität und Politik. Aufgrund der eher starren Regelungen der Entgeltordnung und der Honorarordnung können derartige Maßnahmen daher wegen der gegebenen Marktsituation und der sich daraus ergebenden Honorarvorstellungen der entsprechenden Dozentinnen und Dozenten derzeit bei der Volkshochschule des Kreises Heinsberg nicht realisiert werden. Es wird daher vorgeschlagen, in begründeten Einzelfällen ein höheres Honorar zu zahlen und mit Blick auf eine grundsätzlich kostendeckende Umsetzung des VHS-Programms dann das Regelentgelt adäquat zu erhöhen.

Entsprechend höhere Entgelte würden im jeweiligen Weiterbildungsprogramm ausgewiesen und dem VHS-Kuratorium entsprechend jährlich zur Beratung vorgelegt. So

würde beispielsweise bei einer Honorarzahung in Höhe von 20,00 € (anstatt 17,00 €) ein Entgelt von 2,12 € (anstatt 1,80 €) je Unterrichtsstunde festgelegt. Durch diese Regelung würde der Volkshochschule ein höheres Maß an Flexibilität entstehen und die Möglichkeit der Realisierung auch außergewöhnlicher und spezieller Weiterbildungsangebote im Interesse der Teilnehmenden kostenneutral gegeben sein.

- b) Die Vergütung der Reiseleiter/innen für Studienfahrten, Unterrichtsgänge usw. beträgt gemäß Ziffer 2.4 der Honorarordnung pro Tag bei acht und mehr Stunden 85,00 € bei mehr als vier bis acht Stunden 65,00 € bei bis zu vier Stunden 42,50 €. Da diese Sätze seit dem Arbeitsjahr 2004/2005 unverändert geblieben sind, sollte auch in diesem Bereich zumindest ein Inflationsausgleich stattfinden. Eine Anpassung der Vergütungen auf 100,00 €, 80,00 € bzw. 50,00 € dies entspräche einer durchschnittlichen Erhöhung von ca. 19 %, erscheint angemessen. Da gemäß Ziffer 2.4 der Entgeltordnung die Entgelte für Studienfahrten und –reisen zumindest kostendeckend kalkuliert werden müssen, entstehen der VHS durch die vorgeschlagene Vergütungserhöhung keine zusätzlichen Kosten.
- c) Nach dem Wegfall des Wehr- bzw. Zivildienstes sind redaktionelle Änderungen der Entgeltordnung notwendig.

Beschlussvorschlag:

1. Die Honorarordnung für die Anton-Heinen-Volkshochschule des Kreises Heinsberg wird um folgende Ziffer 2.7 erweitert:

In Einzelfällen kann das Dozentenonorar für Kurse und Arbeitsgemeinschaften vom Regelonorar abweichen. Das Entgelt ist entsprechend anzupassen (siehe Ziffer 2.8 der Entgeltordnung für die Anton-Heinen-Volkshochschule des Kreises Heinsberg).

2. In Ziffer 2.4 der Honorarordnung für die Anton-Heinen-Volkshochschule des Kreises Heinsberg werden die Beträge „85,00 €“, „65,00 €“ und „42,50 €“ durch „100,00 €“, „80,00 €“ und „50,00 €“ ersetzt.

3. Die Entgeltordnung für die Anton-Heinen-Volkshochschule des Kreises Heinsberg wird um folgende Ziffer 2.8 erweitert:

Im Falle eines abweichenden Honorars gemäß Ziffer 2.7 der Honorarordnung für die Anton-Heinen-Volkshochschule des Kreises Heinsberg ist das Entgelt mindestens honorarkostendeckend anzupassen. Es wird jeweils mit dem Arbeitsplan individuell festgesetzt.

4. In den Ziffern 2.4 und 3.2 der Entgeltordnung für die Anton-Heinen-Volkshochschule des Kreises Heinsberg werden die Begriffe „Wehr- und Zivildienstleistende“ gestrichen und durch „Teilnehmer an Freiwilligendiensten“ ersetzt.

Diese Änderungen treten mit Beginn des Arbeitsjahres 2013/2014 in Kraft.

Abstimmungsergebnis:

Ja 15 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Sitzung: öffentlich

Tagesordnungspunkt 3:

Zuschüsse an museale Einrichtungen

Beratungsfolge:	
22.05.2013	Ausschuss für Kultur, Partnerschaft und Tourismus
09.07.2013	Kreisausschuss

Finanzielle Auswirkungen:	9.500 €
----------------------------------	---------

Leitbildrelevanz:	3.9
--------------------------	-----

Inklusionsrelevanz:	nein
----------------------------	------

Seit dem Jahr 2005 erfolgt die Gewährung von Zuschüssen an museale Einrichtungen in privater Trägerschaft auf der Grundlage der in der Sitzung des Kreisausschusses am 23.06.2005 beschlossenen Museumskonzeption. Die Fortschreibung und Aktualisierung der Museumskonzeption erfolgte im Jahr 2010.

In der Museumskonzeption ist im Rahmen eines gewichteten Punkteschemas eine Bewertung der musealen Einrichtungen unter Berücksichtigung festgelegter museumsfachlicher Kriterien vorgenommen worden. Nach diesen Förderkriterien steht die Bezuschussung der privaten musealen Einrichtungen in Abhängigkeit der erreichten Punkte. Dabei gelten für die Bewilligung der jährlichen Betriebskostenzuschüsse folgende Abstufungen:

- 1.000 € bei Erreichen einer Gesamtbewertung von 65 bis 84 Punkten,
- 500 € bei Erreichen einer Gesamtbewertung von 57 bis 64 Punkten.

Bei einer Gesamtbewertung von weniger als 57 Punkten kommt die Bewilligung eines Betriebskostenzuschusses nicht in Betracht. Die Bewilligung der Zuschüsse erfolgt im Übrigen nur nach Vorlage eines schriftlichen Antrages und bei einer finanziellen oder sächlichen Förderung durch die Stadt/Gemeinde.

Außerhalb der sich im Rahmen der turnusmäßigen Bewertung auswirkenden Veränderungen bei den musealen Einrichtungen erfolgen bedarfsbezogene Einzelbewertungen. Hierzu bestand nach der Aktualisierung der Museumskonzeption im Jahr 2010 die Notwendigkeit für die Gerhard-Tholen-Stube, Waldfeucht, und das Kulturelle Zentrum Haus Hohenbusch, Erkelenz. Auf die Beschlussfassungen des Ausschusses für Kultur, Partnerschaft und Tourismus vom 30.05. bzw. 29.11.2011 und des Kreisausschusses vom 14.07.2011 sowie des Kreistages vom 20.12.2011 wird verwiesen.

Es haben sich keine maßgebenden, auf eine Förderung für das Jahr 2013 auswirkenden Änderungen im Hinblick auf die Bewertung der musealen Einrichtungen ergeben. Alle Museen mit einer Gesamtbewertung von mind. 57 Punkten haben einen Antrag auf einen Zuschuss des

Kreises für das Jahr 2013 gestellt und werden durch die jeweilige Stadt/Gemeinde sächlich oder finanziell unterstützt. Das aktuelle Bewertungsschema war der Einladung zur Sitzung des Ausschusses für Kultur, Partnerschaft und Tourismus als Anlage beigefügt.

Kreisausschussmitglied Dr. Schmitz erklärt sich für befangen und nimmt an Beratung und Beschlussfassung nicht teil.

Beschlussvorschlag:

Auf der Grundlage der im Jahre 2010 aktualisierten Museumskonzeption, der notwendigen Einzelbewertungen sowie der festgelegten Förderkriterien werden

Betriebskostenzuschüsse in Höhe von 1.000,00 € an die musealen Einrichtungen

- Bauernmuseum Selfkant
- Flachsmuseum, Wegberg
- Historisches Klassenzimmer, Geilenkirchen-Immendorf
- Kleinbahnmuseum Selfkantbahn
- Korbmachermuseum Hückelhoven-Hilfarth
- Museum für europäische Volkstrachten, Wegberg
- Rheinisches Feuerwehrmuseum e.V., Erkelenz-Lövenich

und Betriebskostenzuschüsse in Höhe von 500,00 € an die musealen Einrichtungen

- Besucherbergwerk Sophia-Jacoba „Schacht 3“, Hückelhoven
- Heimatmuseum Gerhard-Tholen-Stube, Waldfeucht
- Kulturelles Zentrum Haus Hohenbusch, Erkelenz
- Museum der Mineralien- und Bergbaufreunde, Hückelhoven
- Schrofmühle, Wegberg-Rickelrath

bewilligt. Die Mittel stehen im Haushalt 2013 zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis:

Ja 14 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 1

Sitzung: öffentlich

Tagesordnungspunkt 4:

Zuschuss an den Volksmusikerbund

Beratungsfolge:	
22.05.2013	Ausschuss für Kultur, Partnerschaft und Tourismus
09.07.2013	Kreisausschuss

Finanzielle Auswirkungen:	1.755,00 €
----------------------------------	------------

Leitbildrelevanz:	3.9
--------------------------	-----

Inklusionsrelevanz:	nein
----------------------------	------

Der Kreis Heinsberg unterstützt seit Jahren die Arbeit des deutschen Volksmusikerbundes – Kreisverband Heinsberg e.V. – als Träger der Jungbläuserschule Heinsberg. Die Jungbläuserschule bildet durch ihre musikpädagogische Arbeit gemeinsam mit den Musikschulen im Kreisgebiet eine ausgewogene Grundlage für eine musikalische Erziehung von Kindern und Jugendlichen. Der Kreisausschuss hat in seiner Sitzung am 14.07.2011 den Grundsatzbeschluss gefasst, dem Volksmusikerbund als Träger der Jungbläuserschule jährlich einen Zuschussbetrag in Höhe von 15,00 € pro Schüler, insgesamt begrenzt auf maximal 2.800,00 € pro Jahr, zur Verfügung zu stellen. Mit Schreiben vom 07.01.2013 teilt die Musikschule des Kreisverbandes Heinsberg e.V. im Volksmusikerbund NRW mit, dass zum Stand Januar 2013 117 Schüler an der Musikschule unterrichtet werden. Auf der Grundlage des Grundsatzbeschlusses errechnet sich ein Zuschuss in Höhe von 1.755,00 € Im Jahr 2012 betrug der Zuschuss 1.800,00 €

Beschlussvorschlag:

Dem Volksmusikerbund wird für das Jahr 2013 als Träger der Jungbläuserschule ein Zuschuss in Höhe von 1.755,00 € bewilligt. Die Mittel stehen im Haushalt 2013 zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis:

Ja 15 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Sitzung: öffentlich

Tagesordnungspunkt 5:

Zuschuss an den Kreisfeuerwehrverband Heinsberg e. V.

Beratungsfolge: 09.07.2013 Kreisausschuss
--

Finanzielle Auswirkungen:	2.400,00 €
----------------------------------	------------

Leitbildrelevanz:	nein
--------------------------	------

Inklusionsrelevanz:	nein
----------------------------	------

Der Kreisfeuerwehrverband Heinsberg e.V. hat mit Schreiben vom 10.06.2013 für das Haushaltsjahr 2013 die Gewährung eines Zuschusses beantragt. Dieser Zuschuss soll Verwendung finden für die Zahlung der Verbandsbeiträge an den Verband der Feuerwehren in NRW e.V. sowie zur Durchführung des jährlichen Leistungsnachweises für die Feuerwehren im Kreis Heinsberg.

Seit seiner Gründung im Jahre 1973 hat der Kreisfeuerwehrverband Heinsberg e.V. sich stets im Sinne einer zukunftsorientierten Entwicklung der Feuerwehren eingesetzt und dabei maßgeblich bei der Sicherstellung des Feuerschutzes mitgewirkt.

Die erforderlichen Haushaltsmittel stehen beim Abrechnungsobjekt 02110200, Konto 5318000000 zur Verfügung.

Beschlussvorschlag:

Dem Kreisfeuerwehrverband wird für das Haushaltsjahr 2013 ein Zuschuss von 2.400,00 € bewilligt.

Abstimmungsergebnis:

Ja 15 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Sitzung: öffentlich

Tagesordnungspunkt 6.1:

Antrag der FDP-Fraktion betr. "Wiedereinführung der Altkennzeichen ERK und GK"

Beratungsfolge:

09.07.2013 Kreisausschuss

18.07.2013 Kreistag

Es wird auf den der Einladung zur Kreisausschusssitzung als Anlage beigefügten Antrag der FDP-Fraktion vom 29.05.2013 verwiesen.

Landrat Pusch führt aus, nach der Entscheidung des Bundesrates vom 05.07.2013, dass KFZ-Kennzeichen zukünftig bei Umzügen bundesweit beibehalten werden können und vor dem Hintergrund, dass nach überschlägiger Prüfung der Verwaltung für einen Kreistagsbürgerentscheid erheblicher finanzieller und organisatorischer Aufwand anfallen würde, halte er nicht mehr uneingeschränkt daran fest, die Bürger an der Entscheidung zur Wiedereinführung der KFZ-Unterscheidungszeichen zu beteiligen.

Bezug nehmend auf den FDP-Antrag führt er aus, dass es sich bei den zukünftigen „GK“- und „ERK“-Kennzeichen nicht grundsätzlich um Wunsch Kennzeichen handele und die Verwaltungsgebühren ohnehin kostendeckend sein müssen.

FDP-Fraktionsvorsitzender Lenzen begrüßt die geänderte Position. SPD-Fraktionsvorsitzender Stock und GRÜNE-Fraktionsvorsitzende Meurer kündigen an, in der Kreistags-sitzung noch eine Stellungnahme ihrer Fraktionen abzugeben. CDU-Fraktionsvorsitzender Reyans erläutert, vor dem Hintergrund der Ausführungen des Landrates halte auch die CDU-Fraktion nicht mehr weiter an dem unter TOP 6.2 zur Tagesordnung stehenden Antrag fest.

Anschließend lässt Landrat Pusch über folgenden einvernehmlich geänderten Beschlussvor-schlag abstimmen:

Der Kreistag spricht sich für die Wiedereinführung der KFZ-Unterscheidungszeichen „ERK“ und „GK“ aus und beauftragt die Verwaltung, die dazu notwendigen Schritte einzuleiten.

Abstimmungsergebnis:

Ja 9 Nein 0 Enthaltung 6 Befangen 0

Sitzung: öffentlich

Tagesordnungspunkt 6.2:

Antrag der CDU-Fraktion betr. "Prüfauftrag Bürgerbeteiligung Wiedereinführung KFZ-Unterscheidungszeichen"

Beratungsfolge:

09.07.2013	Kreisausschuss
------------	----------------

18.07.2013	Kreistag
------------	----------

Es wird auf den der Einladung zur Kreisausschusssitzung als Anlage beigefügten Antrag der CDU-Fraktion vom 14.05.2013 verwiesen.

Die CDU-Fraktion nimmt den Antrag in der Kreisausschusssitzung unter Hinweis auf die Beratungen zu TOP 6.1 zurück.

Sitzung: öffentlich

Tagesordnungspunkt 7:

Gemeinsamer Antrag der CDU- und der FDP-Fraktion betr. "Prüfauftrag zur Einrichtung einer zentralen Stelle 'Behördenlotse'"

Beratungsfolge:

09.07.2013 Kreisausschuss

18.07.2013 Kreistag

Es wird auf den der Einladung zur Kreisausschusssitzung beigefügten gemeinsamen Antrag der CDU- und der FDP-Fraktion vom 14.05.2013 verwiesen.

Landrat Pusch führt aus, er habe verwaltungsintern bereits erste Gespräche im Hinblick auf die ggf. einzurichtende Stelle geführt und beabsichtige, diese bei entsprechender Beschlussfassung beim Hauptamt anzugliedern und zeitnah Gespräche mit den zu beteiligenden Stellen zu führen.

GRÜNE-Fraktionsvorsitzende Meurer und SPD-Fraktionsvorsitzender Stock stellen die Notwendigkeit eines Behördenlotsen als Ansprechpartner für die Wirtschaft in Frage. Kreisausschussmitglied Dr. Kehren für die CDU-Fraktion und FDP-Fraktionsvorsitzender Lenzen betonen die Notwendigkeit eines Ansprechpartners zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes Kreis Heinsberg.

Zwischen den antragstellenden Fraktionen besteht Einvernehmen, die Stelle zunächst mit relativ geringem Personaleinsatz einzuführen und abzuwarten, in welchem Umfang eine Inanspruchnahme der Dienstleistung erfolgt.

Beschlussvorschlag:

Dem gemeinsamen Antrag der CDU- und der FDP-Fraktion vom 14.05.2013 betr. „Prüfauftrag zur Einrichtung einer zentralen Stelle ‚Behördenlotse‘“ wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja 11 Nein 4 Enthaltung 0 Befangen 0

Sitzung: öffentlich

Tagesordnungspunkt 8:

Antrag der CDU-Fraktion betr. "Bewerbung von Maastricht und der Euregio Maas-Rhein zur Kulturhauptstadt Europas 2018"

Beratungsfolge:

22.05.2013	Ausschuss für Kultur, Partnerschaft und Tourismus
09.07.2013	Kreisausschuss
18.07.2013	Kreistag

Es wird auf den der Einladung zur Sitzung des Ausschusses für Kultur, Partnerschaft und Tourismus als Anlage beigefügten Antrag der CDU-Fraktion vom 08.05.2013 verwiesen.

Landrat Pusch führt aus, in der Sitzung des Ausschusses für (eu)regionale Kultur und Tourismus des Zweckverbandes Region Aachen am 27.06.2013 habe man abschließend über die Bewerbung „Maastricht & Euregio Maas-Rhein 2018“ beraten und beschlossen. In diesem Zusammenhang habe der Geschäftsführer des Zweckverbandes darüber informiert, der Landschaftsverband Rheinland habe kurzfristig mitgeteilt, nicht den eingeplanten Betrag in Höhe von 500.000,00 € sondern auf Antrag max. einen Betrag in Höhe von 300.000,00 € als Projektförderung zur Verfügung zu stellen. Somit entstehe eine Unterdeckung von mind. 200.000,00 € gegenüber der vorliegenden Finanzplanung. Der Ausschuss für (eu)regionale Kultur und Tourismus habe in Folge dessen in seinen Beschluss aufgenommen, die Fehlbeträge kurzfristig durch die Geschäftsstelle zu akquirieren.

Vor diesem Hintergrund besteht Einvernehmen darüber, die finanzielle Unterstützung des Kreises Heinsberg zu deckeln. Um die Mittel ggf. flexibel zur Verfügung stellen zu können, soll die Deckelung nicht auf einen jährlichen Höchstbetrag von 39.333,00 € in den Jahren 2014 bis 2019, sondern auf einen Gesamtbetrag in Höhe von 236.000,00 € (6 Jahre x 39.333,00 €) erfolgen.

Beschlussvorschlag:

Der Kreis Heinsberg unterstützt die Bewerbung von Maastricht und der Euregio Maas-Rhein zur Kulturhauptstadt Europas 2018 und beteiligt sich an den Gesamtkosten für die Planung und Umsetzung des Projektes „Maastricht und Euregio Maas-Rhein Europäische Kulturhauptstadt 2018“ mit einer maximalen Gesamtsumme in Höhe von 236.000,00 € in den Jahren 2014 - 2019 unter den in der Sitzungsvorlage Nr. 2013/025 E 1 vom 25.04.2013 zur Zweckverbandsversammlung der Region Aachen genannten Voraussetzungen.

Abstimmungsergebnis:

Ja 15 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Sitzung: öffentlich

Tagesordnungspunkt 9:

Antrag der CDU-Fraktion betr. "Initiierung einer Kreiskulturkonferenz"

Beratungsfolge:

22.05.2013	Ausschuss für Kultur, Partnerschaft und Tourismus
------------	---

09.07.2013	Kreisausschuss
------------	----------------

Es wird auf den der Einladung zur Sitzung des Ausschusses für Kultur, Partnerschaft und Tourismus als Anlage beigefügten Antrag der CDU-Fraktion vom 08.05.2013 verwiesen.

In der Sitzung des Ausschusses für Kultur, Partnerschaft und Tourismus bestand Einvernehmen, dass - im Falle einer positiven Beschlussfassung durch den Kreisausschuss - die Kreiskulturkonferenz vom jeweiligen Vorsitzenden des Ausschusses für Kultur, Partnerschaft und Tourismus moderiert wird.

Kreisausschussmitglied Längen führt aus, mittelfristiges Ziel der Kreiskulturkonferenz solle die Aufstellung eines Kulturentwicklungsplanes sein.

Auf Nachfrage des FDP-Fraktionsvorsitzenden Lenzen zu den voraussichtlichen Kosten der einzurichtenden Kreiskulturkonferenz sagt Landrat Pusch zu, dem Kreisausschuss hierüber zu berichten, sobald die Rahmenbedingungen (Teilnehmerkreis etc.) geklärt seien.

Beschlussvorschlag:

Dem Antrag der CDU-Kreistagsfraktion vom 08.05.2013 betr. „Initiierung einer Kreiskulturkonferenz“ wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja 15 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Sitzung: öffentlich

Tagesordnungspunkt 10:

Antrag der SPD-Fraktion betr. "Einrichtung eines Grenzfunktes"

Beratungsfolge:

22.05.2013	Ausschuss für Kultur, Partnerschaft und Tourismus
------------	---

09.07.2013	Kreisausschuss
------------	----------------

Es wird auf den der Einladung zur Sitzung des Ausschusses für Kultur, Partnerschaft und Tourismus als Anlage beigefügten Antrag der SPD-Fraktion vom 08.05.2013 verwiesen.

In der Sitzung des Ausschusses für Kultur, Partnerschaft und Tourismus bestand wegen der fachübergreifenden Bedeutung einer evtl. Einrichtung eines Grenzfunktes auf Vorschlag des Ausschussvorsitzenden Dahlmanns Einvernehmen, diesen Tagesordnungspunkt „wohlwollend“ an den Kreisausschuss zu verweisen.

Im Kreisausschuss besteht Einvernehmen darüber, auf die bereits bestehenden Strukturen des Zweckverbandes Region Aachen zurückzugreifen und eine Beteiligung des Kreises Heinsberg anzustreben. Der Beschlussvorschlag wird daraufhin wie folgt geändert:

Beschlussvorschlag:

Der Kreis Heinsberg möchte seinen Bürgerinnen und Bürgern Beratungen für Grenzgänger ermöglichen. Die Verwaltung möge prüfen, ob und zu welchen Bedingungen eine Anbindung des Kreises an die beim Zweckverband Region Aachen bestehenden Strukturen möglich ist.

Abstimmungsergebnis:

Ja 15 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Sitzung: öffentlich

Tagesordnungspunkt 11:

Bericht der Verwaltung

Hierzu liegt nichts vor.

Sitzung: öffentlich

Tagesordnungspunkt 12.1:

Anfrage der GRÜNE-Fraktion betr. "Verwaltungstechnische Umsetzung des Betreuungsgeldes"

Zur Beantwortung der Anfrage führt Landrat Pusch Folgendes aus:

1. Mit welchen Antragszahlen rechnet die Verwaltung für den Kreis Heinsberg?

Es wird mit ca. 1.300 Anträgen jährlich gerechnet.

2. Welche Personalmaßnahmen sind angesichts einer womöglich hohen Zahl an Antragstellerinnen und Antragstellern notwendig bezüglich

a) zusätzlicher Stellen

Nach Auffassung des zuständigen Ministeriums ist der Schwierigkeitsgrad für die Bearbeitung eines Betreuungsgeldantrags in der Regel als gering einzustufen. Ausgehend von dieser Annahme ist bis zu 1 Stelle zusätzlich einzurichten.

b) Schulungsmaßnahmen

Schulungsmaßnahmen obliegen der Bezirksregierung Münster. Die Bezirksregierung Münster hat zu einer ersten Infoveranstaltung für Sachbearbeiter für den 23.07.2013 eingeladen. Der Kreis hat zwei Personen gemeldet.

c) Urlaubssperren (der Start des Betreuungsgeldes ist zu Beginn der Sommerferien)

Urlaubssperren sind nicht vorgesehen.

3. Mit welchen Kosten für den Verwaltungsaufwand wird gerechnet?

Die Personal- und Sachkosten werden bis zu 80.000,00 €/jährlich betragen.

4. Durch welche Maßnahmen unterstützt der Bund den Kreis bei der Umsetzung des Betreuungsgeldes?

Der Bund hat die Richtlinienkompetenz. Die Richtlinien liegen dem Kreis noch nicht vor. Weitere Unterstützungen leistet der Bund nicht.

Es handelt sich um eine Bundesauftragsangelegenheit. Der Gesetzesvollzug obliegt den Ländern. Das Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport NRW und die Bezirksregierung Münster sind für die Entwicklung der Fachanwendung (z. B. Gestaltung der Antragsvordrucke und Bewilligungsbescheide) sowie für Schulung und Fortbildung zuständig. Die Auszahlung des Betreuungsgeldes erfolgt wie die Auszahlung des Elterngeldes über die Bundeskasse.

Mit Schreiben vom 11. Juni 2013 hat die Bezirksregierung den Kreisen und kreisfreien Städten einen Vordruck für die Beantragung des Betreuungsgeldes sowie ein Informationsblatt für die Antragsteller zugesandt. Die Kreise und kreisfreien Städte können noch Änderungswünsche mitteilen.

Die notwendige landesrechtliche Zuständigkeitsverordnung für die Übertragung der Aufgabe „Betreuungsgeld“ auf die kreisfreien Städte und Kreise soll nach Angabe des Ministeriums im Juli 2013 veröffentlicht werden.